

Top down und Bottom up – das strukturelle Problem der Agenda

Bruno Marcon

Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt...

Diese Feststellung ist der einleitende Satz der Präambel der Agenda 21, die auf der UN Konferenz für Umwelt-und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro von 170 Staaten beschlossen wurde. Die Agenda versprach die Verbesserung der Lebensstandards aller Menschen, eine "bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihlichere Zukunft".

Postkolonialer Charakter der Agenda 21

Schon kurz nach der Verabschiedung des Aktionsprogramms gab es massive Kritik von zahlreichen sozialen Bewegungen, NGOs und Indigenen. Sie kritisierten die Unzulänglichkeiten der ursprünglichen 21 Zielsetzungen, wovon 7 soziale und wirtschaftliche Dimensionen ausmachten und 14 im Bereich natürlicher Ressourcen angesiedelt waren. So seien die Wirtschaftsziele der neoliberalen Politik unterworfen und richten sich an einer Wachstumsideologie aus. Die Entwicklungsziele seien nach einem postkolonialen Verständnis entworfen, da sie den Entwicklungsländern eine Eigenverantwortung abspreche. Das westliche Idealbild solle global aufgedrängt werden. Die Nachhaltigkeitsziele seien schwammig formuliert und willkürlich auslegbar. Die Agenda sei ein "top down"-Projekt

und es mangle an demokratischen Umsetzungsprozessen, was wiederum die Ungleichheit befördere.

Wenn man aus heutiger Sicht die versprochenen Zielsetzungen prüft, ist das Ergebnis mehr als enttäuschend. Nur mit viel Wohlwollen kann man Fortschritte wie z.B. in der Gleichstellung der Geschlechter und der Hungerbekämpfung erkennen. Die in der Präambel genannte "Ungleichheit zwischen und innerhalb von Völkern" ist gewachsen, noch nie war die Spreizung zwischen Arm und Reich, national wie global, so groß wie heute. Einen erfolgreichen Kampf gegen die "Schädigung der Ökosysteme" haben uns nicht die Beschlüsse von Rio gebracht, sondern machen heute eine neue Klima- und Umweltbewegung notwendig.

Wichtiger Impuls: lokale Agenden 21

Einen wichtigen Impuls gab der Agenda 21-Prozess allerdings durch seine Losung "Global denken-lokal handeln". Damit wurde nicht nur ein internationaler Solidaritätsgedanke als Gegensatz zu nationalistischem Gedankengut verbreitet, sondern auch Handlungsoptionen im lokalen Zusammenhang eröffnet. Diese Handlungsoptionen wurden von lokalen Agenda-Gruppen an den verschiedenen Orten unterschiedlich ergriffen. Die Augsburger Agenda 21 gehört zu den erfreulichen Beispielen, da sich dort Gruppen und Einzelpersonen zusammenschlossen, die aus der entwicklungs- und kirchenpolitischen Basisarbeit stammten. Besonders mit Themen zur Entwicklungsarbeit, Globalisierung, Armut und Ernährung hat die Augsburger Agenda 21 eine erfolgreiche Bildungsarbeit betrieben. Auch in der Umsetzung von Nachhaltigkeit hat sie versucht, die Verschwommenheit des Begriffs in konkrete Richtlinien zu gießen und Leitlinien zu entwickeln. Die zur Zeit 29 Agendaforen zeigen die Ausstrahlung der Agenda auf Gruppen und Initiativen der Zivilgesellschaft und drücken damit ein bürgerschaftliches Engagement aus, für das die Augsburger Agenda 21 auch schon ausgezeichnet wurde. Durch die Eingliederung des Büros für Nachhaltigkeit in die städtische Verwaltung ist ein direkter

Einfluss auf die Verwaltungsebenen gegeben.

Zivilgesellschaft und Verwaltung

Doch diese Eingebundenheit in Verwaltung und städtische Struktur kann sich dann zu einem Gegensatz entwickeln, wenn sich bürgerschaftliche Aktivitäten der Zivilgesellschaft gegen Beschlüsse und Verordnungen richten, die von Verwaltung und städtischer Politik erlassen wurden. Solche Beispiele mehren sich und offenbaren sich zum Beispiel in den Augsburger Bürgerbegehren gegen Wasserprivatisierung 2004 und 2008, als der Siebentischwald verkauft werden, und in dem Bürgerentscheid 2015 "Augsburger Stadtwerke in Augsburger Bürgerhand", als ein Konzern in die Energiesparte der Stadtwerke einsteigen sollte. In diesen Beispielen begründeten die Bürgerinitiativen ihren Einsatz mit den Forderungen nach Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit – Forderungen, die eigentlich substantielle Ziele der Agenda 21 sind. Doch durch die schon beschriebene Einbindung in die städtische Verwaltung ist es der Agenda 21 nicht möglich, sich auf die Seite ihrer eigentlich eigenen Ziele zu stellen. Dies kann dazu führen, dass die Akteure bürgerschaftlichen Engagements die Agenda selbst als Gegenspieler wahrnehmen, welche einen Protest gegen Politik und Verwaltung befrieden und integrieren soll.

Deshalb liegt der Agenda 21 ein strukturelles Problem zugrunde. Sie repräsentiert das Top down-Prinzip der Gründung durch Staaten. Dem inneren Konflikt kann sich die Nachhaltigkeitsplattform Agenda nur dadurch entziehen, indem sie sich einerseits ihres eingeschränkten Aktionsradius bewusst ist und dies auch öffentlich kommuniziert, andererseits sich auf die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprozessen in der Verwaltung spezialisiert. Dieses Fachwissen muss sie in Transparenzprozessen der Zivilgesellschaft bereitstellen, gerade auch in den laufenden Umgestaltungsprozessen der Gesellschaft. Sie kann damit ein Scharnier zwischen Verwaltung und Basisbewegungen werden, indem sie besonders die Informationsfreiheit fördert.